

Beschluss des Studierendenparlamentes vom 16. Juni 2016

Antrag auf Beitritt zum FZS

Der „freie Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) ist als Dachverband der Studierendenschaften die institutionelle Plattform, über die sich eine kritische und eingreifende Studierendenschaft in der Bundesrepublik organisieren kann. Sowohl über die regelmäßigen Mitgliederversammlungen, als auch in inhaltlichen Ausschüssen und Seminaren gibt es Orte, über die Austausch stattfinden und verbindliche Zusammenarbeit sich entwickeln kann. Dabei kann es, wie beispielsweise im Bereich der Sozialpolitik, um spezifisch-fachliche Belange gehen oder sich allgemein mit der Frage nach den Möglichkeiten studentischer Politik befassen.

Als Verfasste Studierendenschaft der Uni Hamburg sehen wir uns in der Verantwortung die erreichten Auseinandersetzungen und die erkämpften Verbesserungen in Hamburg für das Bundesgebiet zu verallgemeinern. Exemplarisch steht dafür die Studienreform für Bildung durch Wissenschaft und zur Abschaffung des Bachelor-Master-Systems. Als Verfasste Studierendenschaft haben wir uns an der Uni Hamburg einer Studienreform verschrieben, in der Studium im Allgemeinen die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit durch die (exemplarische) kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen bedeutet. Damit treten wir in den Konflikt mit der Realität an den Hochschulen: So ist die sog. Bologna-Reform mit der in der jüngeren Vergangenheit so wirkmächtigen, aber heftig gescheiterten, neoliberalen Erzählung, dass das Ende der Geschichte erreicht sei und jede*r sich für das eigene Glück (freilich im Beruf) nur redlich anzustrengen brauche, versucht worden zu legitimieren. Dagegen gilt es, sich zusammen zu organisieren, gemeinsame Handlungsfähigkeit zu gewinnen und das Studium wieder in den Dienst der eigentlichen Aufgabe zu stellen, nämlich gesellschaftliche Verbesserungen zu initiieren und zu flankieren.

Diese Politik, die auf die Bildung mündiger Menschen zielt, muss darauf abzielen, dass jede*r die Möglichkeit wahrnehmen kann, sich für die solidarische Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen zu organisieren. Dieser Ansatz bringt als Erfordernis eine starke Schwerpunktsetzung auf die Auseinandersetzungen „vor Ort“ mit sich und begrenzt Stellvertreterpolitik. Vor diesem Hintergrund beauftragt das Studierendenparlament der Universität Hamburg den AStA, aufbauend auf der studentischen Politik an der Uni Hamburg, sich um die Mitgliedschaft im fzs bemühen.

Es ist prinzipiell sinnvoll, sich zusammenzuschließen und für das gemeinsame Interesse zu streiten. Gerade vor dem Hintergrund einer Wissenschaftspolitik, die zunehmend bundesweit – beispielsweise in Gestalt der KMK – organisiert wird, erscheint es notwendig, dass auf den entsprechenden Ebenen eine verbindliche und inhaltlich fundierte politische Organisation besteht. Der Blick auf die verbindenden Einschränkungen – u.a. Bachelor/Master, die Exzellenzinitiative (jetzt Exzellenzstrategie), strukturelle Unterfinanzierung – und ihre politischen Ursachen offenbart die grundsätzliche Notwendigkeit, aus den eigenen regionalen Kontexten hervorzutreten. Es bedarf einer überregionalen Koordination und der Möglichkeiten, von den spezifischen Auseinandersetzungen voneinander zu lernen, um gemeinsam schlagfertig zu werden.

Immer deutlicher wird dabei, dass die Politik der Unternehmerischen Hochschule von immer mehr Menschen abgelehnt wird – kritische Studierendenschaften sind es an den Hoch-

schulen, die eine wissenschaftspolitische und kulturelle Alternative zum Status Quo entwerfen müssen. *Dieser Aufgabe wollen wir uns, als Verallgemeinerung unser Stände in Hamburg, verstärkt mit den im fzs organisierten Kommiliton*innen stellen!*